

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften :

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher N 8538. :
Redaktionschluss Montag
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Beilagszeile 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No. 5

Cöln, den 9. März 1918.

VI. Jahrgang.

Der Friede marschiert.

Der erste Friede in diesem Weltkriege wurde von den Mittelmächten am 9. Februar mit der Ukraine geschlossen. Er besteht aus dem südlichen Rußland und wurde wegen seiner Fruchtbarkeit bisher als die Kornkammer Europas bezeichnet. So haben die wiederholten Friedensangebote Deutschlands, vor allem jedoch unsere glänzenden Waffenleistungen ihre erste Friedensfrucht gezeitigt. Wir dürfen uns freuen um so mehr freuen, als gerade vom Osten her die russische Damnpfote Deutschland und Oesterreich zermalmern wollte. Die Gefahr, daß die russischen Heere uns überrollen würden, war besonders im Anfang recht groß: sie wurde aber bald durch die Feldberufung Hindenburgs abgewandt. Die Schlachten bei Tannenberg, an den Masurern, bei Lauenburg-Goellice und von weltgeschichtlicher Bedeutung. Durch sie wurde das Kriegsgesicht zu unseren Gunsten geendet. Dem Zusammenbruch der russischen Front schloß sich der innere Zusammenbruch des gewaltigen Reiches. Czar Nicholas II. trat die Revolution an. Der Zar wurde entthront und in die Verbannung geschickt. Rußland zur Republik erklärt. Die damaligen Forderungen des russischen Volkes auf baldigen Frieden erfüllten aber auch von den Revolutionären nicht erfüllt. Die Revolutionäre wollten den Krieg zunächst hartnäckig fortsetzen. Im Herbst vergangenen Jahres wurde dann die bürgerliche Revolution durch eine radikal sozialistische abgelöst, deren Hauptziel bald zu Waffenstillstandsverhandlungen wurde. Aber auch ihnen war es bereit noch nicht einen wirklichen Frieden zu tun. Wochenlang wurden sie die Friedensverhandlungen hin- und her geschoben. Doch nun die Revolution schon nach durchziehen wurde. Die Verhandlungen haben in Friedenverhandlungen mit den Mittelmächten bereit ist alles die denn auch bald einen geschickten Abbruch gefahren werden. Daraus sind die Ortsgruppen, Kreise und Provinzen sich gezwungen. Die Verhandlungen mit Deutschland sind beendet zu werden. Und nun werden sie hin- und überzogen von jeder Seite, wie Estland, Litauen und Letland mit ihren Verbänden, die dort in unerschütterlicher Weisheit brandstifteten. Und nun die Gefahr, daß die russischen Heere zermalmern wollten. Der Zusammenbruch des Reiches und die Revolution haben aber auch die Verhandlungen mit Deutschland nicht abgebrochen. Und nun die Gefahr, daß die russischen Heere zermalmern wollten.

den von den Russen so hart bedrängten Landesteilen. Das hatte den Erfolg, daß Rußland nunmehr sich bereit erklärte, die deutschen Friedensbedingungen anzunehmen.

Ein Friedensvertrag mit der Ukraine hat der Deutsche Reichstag bereits seine Zustimmung gegeben. Mit Rumänien sind ebenfalls Friedensverhandlungen im Gange, die voraussichtlich zu einem baldigen Abschluß gelangen. So darf man die Hoffnung hegen, daß in kurzer Frist der Krieg im Osten vollständig beendet wird und der Friede dort auf der ganzen Linie, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer seinen Einzug halten kann.

Das wäre ein Ergebnis, das in den weitesten Volkswünschen und der größten Freude aufgenommen würde. Ganz sicher würden damit auch die Aussichten steigen, daß unsere westlichen Gealter sich dem Friedensgedanken mehr als früher zugänglich erweisen.

Der erste Friedensvertrag mit der Ukraine hatte im ganzen Volke lebhafteste Freude ausgelöst. Beigte sich doch endlich ein Lichtblick in dem trostlosen Kriegsbilde. Um so eigenartiger berührt es, daß die deutschen „Unabhängigen Sozialisten“ im Reichstag gegen den Frieden stimmten, wie sie auch vorher schon in ihrer Presse, so besonders in der „Neuziger Volkszeitung“ scharf dagegen opponierten. Dabei bedachte man, daß diese selben Leute kurz vorher der Regierung wärmelnde Friedensliebe vorwarfen und angeblich zur Erzwingung des Friedens den Wehrstreik imkennerten. Daß es ihnen dabei aber nicht um den Frieden, sondern in erster Linie um die Verfolgung ihrer revolutionären Ziele zu tun war, haben sie durch ihre Abstimmung selbst bewiesen. Das will man sich merken.

Zur Einkommensteuerfrage in Preußen.

Das neue Steuerjahr steht vor der Tür. Nicht lange mehr so erfolgt die Veranlagung für denselben. Nach den bisherigen Ertragsrechnungen werden die Steuerbehörden das gesamte Einkommen der Steuerpflichtigen für den bevorstehenden Jahr festsetzen. Auch die in der nächsten Arbeit, Kasse- und Lohnsachverhalte werden in die Höhe der sogenannten Einkommenssteuern. Das hat bisher schon große Schwierigkeiten erregt und dürfte es im steigenden Maße tun. Denn die Heberarbeit wird ebenfalls im steigenden Maße vorantreiben, auch die in der Höhe der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer wird nur erhöht, um die Einkommensteuer zu erhöhen. Die Einkommensteuer wird nur erhöht, um die Einkommensteuer zu erhöhen. Die Einkommensteuer wird nur erhöht, um die Einkommensteuer zu erhöhen.

Ausgleich gegenüber der vorhandenen Leuerung bedingten
 Demzufolge müssen sich die Arbeiter noch große Ein-
 schränkungen auferlegen. Das Verlangen auf Freilassung
 der Leuerungszulagen und des Einkommens aus Ueber-
 stunden nun von der Steuer ist um so verständlicher, als
 der Staat den Beamten, die ohnehin Steuervorrechte ge-
 nießen, die Leuerungszulagen nicht versteuert. Warum soll hier
 denn mit zweierlei Maß gemessen werden? Dafür hat man
 in den Nichtbeamtenkreisen kein Verständnis. Aus Gründen
 sozialer Gerechtigkeit sollte man daher auch den in ähnlicher
 Lage wie die Beamten sich befindenden Volkskreise bis zu
 einem Einkommen von etwa 5000 Mk. Steuerfreiheit für
 Leuerungszulagen und gewähren. Den Steuerbehörden
 wäre zu empfehlen, sich den Standpunkt des Kölner Ober-
 landesgerichtes zu eigen zu machen, das in einer Entschei-
 dung am 23. März 1917 sich dahin äußerte, daß Leuerungszu-
 lagen bei der Berechnung der pfändbaren Lohnsumme
 nicht miteingerechnet werden sollten. Begründet wird dieser
 Standpunkt ganz richtig damit, daß es sich bei den Leu-
 rungszulagen nicht um eine eigentliche Erhöhung des Arbeits-
 lohnes handle, sondern um eine außerordentliche und zeit-
 weilige Zuwendung, um die natürlichen Angehörigen vor
 dem wirtschaftlichen Kollaps zu bewahren. Mit der Frei-
 lassung der Leuerungszulagen also von der Steuer und
 aber die Wünsche der Arbeiterschaft nicht erschöpft. Da-
 neben ist auch eine Erleichterung für die unteren Einkom-
 mensstufen erforderlich. So steigen die Steuerstufen bis zum
 Einkommen von 1800 Mk. um nur 1,50 Mk., von 1800 Mk.
 ab dagegen um 300 Mk. Auch die Steuerstufen für Ein-
 kommen unter 1800 Mk. sollten auf 300 Mk. erhöht werden.
 Ebenso wäre auch eine Verbesserung der Vorschriften des
 Paragraph 20 zu erwägen, um besonderen Notfällen mehr
 als bisher durch Steuerermäßigung Rechnung tragen zu
 können. Desgleichen müßte größeres Entgegenkommen zu-
 gänglich der sogenannten "Berufsstellen" gewährt werden.
 Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands haben im
 August vorigen Jahres eine Entschließung zur Steuerfrage
 gefaßt, auf die die Westdeutsche Arbeiterzeitung in ihrer
 Nr. 8 hinweist und im Anschluß daran die Frage eingehend
 behandelt. Man kann nur wünschen, daß die Forderungen
 denen wir vollständig zustimmen, bald verwirklicht werden.

Von der Steuer Straßbahn.

Seit einigen Wochen hat man sich unter den Arbeitlichen der
 Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft in Offen unsere Organisa-
 tionen Organe gefunden. Und hier zeigte sich, wie jeder in
 so manchen Straßbahnstrichen, das heutige Bild, daß wohl
 jeder Einzelne die Notwendigkeit nach entscheidender Veränderung
 des bestehenden Zustandes empfindet, aber es fehlt auch wohl
 den meisten Kollegen und Kollegen der Welt und die Welt
 zu entscheidender Tat. Es ist ja meistens so, daß gerade in den
 Bereichen, wo eine Besserung der Lohn- und sonstigen Arbeits-
 bedingungen am notwendigsten wäre, aus dem Kreise der unter
 diesen ungünstigen Verhältnissen lebenden Kollegen kein
 fester einer findet, und aus sich heraus sich an die Lösung
 dieser Verhältnisse heran zu wagen. Jeder fürchtet eben, auch
 dies große Brot zu verlieren. Und doch in diese Anzahl und
 soviel Leute hat kein Arbeiter mehr das Recht, aus Furcht dem
 Gesamtstandpunkt der Lohn-Verhältnisse zu weichen. Die
 Lösung dieses Standes auszuweichen. Es ist unheimlich die heutige
 Pflicht jedes Einzelnen, an dieser Forderung mitzuarbeiten. Und
 muß denn jeder Unternehmer, ein grundstähliger Feind der so-
 zialwirtschaftlichen Organisation sein? Was sind der Auffassung,
 daß es viele Arbeitsgeber gibt, die, wenn sie auch die Organisa-
 tion nicht zulassen wollten, so doch als, um einen unermess-
 lichen Hebel mit ihr rechnen und um auf ihrem Benehmen ab-
 hängen. Und warum sollte man auch die Eisenbahn-Verwaltung
 verwaltung so vernünftig sein und sich damit abfinden, daß auch
 ihre Angehörigen mit den Kollegen anderer Straßbahnen
 Seite und Anstellungen vereinigen um ihre Verhältnisse und
 Bedürfnisse besser zu gestalten? Wenn die Eisenbahn-Ver-
 waltung, warum haben die Kollegen nicht die gleichen in der

Verträge denn so ängstlich wagt, den so notwendigen
 fassentlich zu tätigen. Es klinge sie nicht den Beweis dar-
 haben, haben sie gar keine Veranlassung, ihre Verwaltung
 so sozial rückständig zu halten, daß sie ihren Angehörigen
 nicht die ihrer Berufsvereinigungen anzuschließen, freitig machen
 würde. Daran wird auch nichts geändert durch die Ver-
 einzelner Vorgefetzten, die glauben, den Renten durch die be-
 schiedentartigen Maßnahmen den Anschlag an die Organisa-
 verleiht es zu können. Ihre guten Ratschläge, doch keinem Ver-
 bande beizutreten, es hätte doch keinen Zweck, denn die Verwal-
 tung würde sich doch auf Verhandlungen mit den Organisations-
 nicht einlassen und auf ihre vorgebrachten Wünsche nicht
 eingehen, und nach anderer Ansicht zum mindesten verträglich. Denn
 wir können nicht annehmen, daß die Straßbahndirektion
 ihren Lohnhöfenswerten und Wünsche schon im voraus
 teilhaftig davon macht, was sie zu tun gedenkt, wenn die Organisa-
 tionen ihren Angehörigen mit ihren berechtigten Wünschen an sie heran-
 treten. Wir geben uns sogar der Hoffnung hin, daß die Ver-
 waltung gegebenenfalls solche Wünsche sachlich prüfen und be-
 liehen nach möglichen Rechnung tragen würde. Auch sind es
 der Ansicht, daß es von diesen einzelnen Herren recht unmöglich
 ist ihre vorgelegte Behörde, in diesem Falle die Straßbahnen-
 verwaltung, in den Augen ihrer Untergebenen als sozial rück-
 ständig und arbeiterfeindlich hinzustellen. Man darf sehr
 im Zweifel darüber sein, ob die Verwaltung sich eine solche
 Verabredung und den hierin liegenden Vorwurf rückständig
 Sachverständigen bieten lassen wird. Aber selbst, wenn es
 sich zuträfe, was diese Herren unseren Kollegen und Kollegen
 im nachemend, einander wohlwollendes Worte über das Ver-
 halten der Direktion gegenüber ihren Wünschen erzählen,
 würde der gute Wille dieser Herren doch wohl in den meisten
 Fällen keinen beachtlichen Zweck verstehen. Denn wäre die
 Verwaltung noch von so rückständigen Ansichten befangen, daß
 wäre der Zusammenschluß so um so notwendiger. Dies haben
 ein großer Teil der Kollegen jetzt in, und nachdem der
 Kampf gemacht ist, und eine erhebliche Anzahl Kollegen und
 Kollegen schon den Verbände beigetreten sind, kommt es
 diesen nur ihrem Willen reichlich hat. Vielleicht werden sie
 mit der Zeit auch noch zu der Ansicht der beamteten Ver-
 waltung überreden, die sich haben werden die Verhältnisse
 jeder Seite mit ein gemeinam. Bereiten hat bereitet,
 und man uns als Vorgefetzte mit in schlechten Verhältnissen
 haben können. Entschieden aber es heute grad zu machen, um
 nachdenklichen Straßbahndirektionen gemäß Vorgesetzte, die es
 annehmen, um auch das Straßen ihrer Untergebenen Arbeit
 und Angehörigen auch ihre soziale und wirtschaftliche Lage
 besser zu machen würde.

Der Wunsch der unter den Arbeitlichen der Eisenbahn-Verwaltung
 Kollegen und Kollegen herab ist nicht auch mit großer Zu-
 versicht erwarten, daß es sich unter den Eisenbahn-Verwaltung
 jetzt nicht um eine Augenblicksbewegung handelt. Obgleich
 die Vorgesetzten, die von einer Dienstveränderung und
 Verbesserung der Lohn- und Lebensverhältnisse gemacht wurde,
 daß nicht etwa eine Gesellschaft, um nicht weiter den
 Schreien und Gebären, wie es so gerne gemacht wird,
 hier zusammengeordnet hat, mit den Kollegen mit ihrer
 unermesslichen Forderungen zu identifizieren. Was soll
 werden, der Dilemma zu überwinden, hat sich ganz im
 dessen, was unter den heutigen Verhältnissen als unbedeutend
 wendigt bezeichnet werden muß.

Da man einsehen, daß ein vollständige Veränderung der
 Ordnung die so sehr wünschenswert wäre, unter den heutigen
 Verhältnissen sehr schwer durchführbar sei, einigte man sich
 eine Aufbesserung von 1000 pro Tag auf alle bisher gezahlte
 Lohn nebst Zulagen zu beschließen. Das in abgelaufenen
 wohl das Mindeste, was bei den heutigen Verhältnissen
 als Bedarf wenn auch nicht zureichend ausreichte. Aus
 zwischen Einkommen und Bedarf erachtet werden kann. Wenn
 soll die Verfügung der Arbeiter auf durchschnittlich höchstens
 als Stunden im monatlichen und 8 Stunden für wöchentlich
 haben. Es ist zu bemerken, daß ein Soldat im
 während des Krieges um zu werden. Dieses in
 monatlichen Verabreichung voll berechtigt ist. Wer den wöchentlichen
 Angehörigen zu berechtigt auch zu vernünftigen, daß sie während
 alle außer ihrer beruflichen Tätigkeit noch eine kleine häusliche
 Arbeit zu verrichten haben. In Fällen, wo dann im Juli
 des Jahres eine etwas längere Dienstreise nicht zu machen
 soll, dann die Lohn die genannt sein vernünftiger sein
 zu bezahlen, sondern und zu präzisieren im Gehalt zum
 mellen Lohn bezahlt werden. Als dringend erforderlich
 man das Erstreben beizubehalten. Entsprechende Anträge
 werden zu berücksichtigen. Und wenn man sich zu verhalten
 zu berücksichtigen. Und wenn man sich zu verhalten
 zu berücksichtigen. Und wenn man sich zu verhalten

... nachdem die Verbandsleitung durch die organisierten Kollegen beantragt wurde, die aufgeführten Wünsche der Direktion in nächster Zeit zu unterbreiten, darf auch wohl angenommen werden, daß sich die Kolleginnen und Kollegen nunmehr restlos der Organisation anschließen, denn erst dadurch werden sie ihren berechtigten Forderungen nachgeben. Von der Bewahrung dieser Rechte dürfen wir wohl erwarten, daß sie diese Wünsche in loblicher Weise erfüllt und verwirklicht. Sie wird sich damit ein tüchtiges, selbständiges, pflichtbewusstes Personal sichern. Unsere Kolleginnen und Kollegen aber möchten wir erlauben, ihren Dienst in einer pünktlicher, gewissenhafter Weise zu erfüllen in dem Bewußtsein, wo Rechte da Pflichten, wo Pflichten da Rechte. Aber die Pflichten ihrem Stande gegenüber dürfen sie nicht vernachlässigen, die darin bestehen, nur mit ihrer Berufsorganisation zusammen die Treue zu wahren, sondern durch ruhige, sachliche Mitarbeit an ihrer Berufsorganisation und Kollegen, an deren Ausbau und Stärkung mitzuwirken.

... und unser gutes moralisches Recht, uns unserer Berufsorganisation anzuschließen, wann und wo es uns paßt, nicht verflümmern wollen. So, wie die Herren sich ihr Recht, sich zu vereinen, beanspruchen, so verlangen auch wir dieses Recht. Nur was dieses Recht zu schmälern, würden wir von der Verwaltung angegriffen und so muß sie auch in Kauf nehmen, wenn wir uns nun energisch zur Wehr setzen. Und das werden wir jetzt und in Zukunft. Wir werden kämpfen, bis wir angemessene Löhne, Dienstzeit und Dienstvermittlung, Bezahlung der freien Tage, (die uns auch jetzt schon laut Dienstvertrag zusteht, die wir aber nicht erhalten), bessere Behandlung und besonders auch das Recht der Wahlunbefreiheit erzwingen haben. Je eher und besser die Forderung zur Eintracht kommt, daß wir weiter nichts beanspruchen, als unser gutes Recht, je eher wird ein ruhiges sachliches Auseinanderlegen über Meinungsverschiedenheiten und ein friedliches Handhabarbeiten zwischen Verwaltung und Personal möglich sein.

Herber-Sodinger-Castrop Straßenbahn.

... und unter Verzicht auch nur ein kleiner Teil, so werden wir doch nicht zurückstehen in dem Ringen um den deutschen Arbeiterdank um bessere Lebensbedingungen. Auch wir haben noch manche unvollständige, berechtigende Wünsche. Ohne unser Drängen aber werden sie wohl nicht erfüllt werden. Ein Teil der Kolleginnen und Kollegen hat sich schon ihren Berufsverbände angeschlossen und die übrigen werden folgen.

Aus den Ortsgruppen.

Amburg. Eine gutbesuchte Versammlung hielt unsere Ortsgruppe am Freitag, den 15. Februar, ab. In derselben referierte der Verbandsvorsitzende Kollege Dedendach über die Tätigkeiten des Verbandes. Wie vor dem Kriege habe der Verband auch während des Krieges die Rechte und Interessen der Gemeindegewerkschaften nach Kräften vertreten und auf Erfolge erzielt. Auch nach Friedensschluss seien große Aufgaben zu erfüllen, wozu es allerorts der tatkräftigen Mithilfe der Kollegen bedürfe. In Hamburg gelte es besonders die Schaffung einer guten Lohn- und Arbeitsordnung, die sich der Verband angelegen sein lassen werde. Etwaigen Zersplitterungsversuchen anderer Verbände müsse mit Entschiedenheit entgegengetreten werden.

... Das untere Ziel, die Verbesserung unserer Lebenslage und die Erlangung unseres gesamten Berufes zu erreichen, bedarf es natürlich nicht dem guten Willen und der Eiferwilligkeit und Ausdauer aller Berufsorganisationen und Kollegen. Denn nicht selten sind die Schwierigkeiten, die sich derartigen Bestrebungen oft in den Weg stellen, zu überwinden. Derartige Schwierigkeiten zeigen sich auch schon hier, trotzdem wir kaum unsere gewerkschaftliche Tätigkeit begonnen haben. Die Verwaltung der Straßenbahn gibt sich quälend schon alle erdenkliche Mühe, um die Interessen der Kolleginnen und Kollegen wieder zu sprengen. Wenn die Herren aber meinen, durch Äußerungen über die Zweckmäßigkeit der Organisation und den nicht von nothwendiger Gehörten Gehör, als ob die von uns gewählten Verbände, die uns mit dem Lebensunterhalte der Verbandsträgerinnen verbindet, als der Organisation wider antreten machen zu können, so haben sie verstanden, daß sie sich im Charakter ihres Verbandes befinden. Dadurch, daß man uns zum Büro bestellt und uns die Organisation zu verhandeln läßt, wird man uns nicht als ungeschickte Personen vorstellen überzeugen. Das wir uns werden, wie eine Bestrebungsgruppe mit unsrer neuen Ortsgruppe hätte sein soll, zur Direktion bestellt und dort so lange hinhangeln lassen, bis man wieder glaubt, daß es nun zu spät ist, der beabsichtigten Ortsgruppenbestimmung sei, beweist den denkenden Kollegen und Kollegen nur, daß man die Organisation nicht ernstlich man weiß, daß man berechtigende Wünsche des gesamten Personals auf die Dauer nicht unbeachtet lassen kann. Überhören der Verwaltung, doch unter uns einen Verein zu gründen, um nur die absehbaren denkbaren Mängel und Kollegen eine Zustimmung, die in Verbindung genau ist, denn die Herren für solche Sammlungen an, daß sie nicht alle, aller vorliegenden Interessenvertretung haben, sondern alle Bedingnisse hindrängen möchten. Wenn es die Verwaltung wirklich gut mit uns meint und glaubt, daß uns über solchen gehen, Vereinsmehrerer gedient sei, warum kommt es nicht damit jetzt ein, mit in dem Augenblick, wo wir uns selbst in der Organisation geschick begeben, von der wir wissen, daß sie unsere Interessen vertritt. Sollte man uns auch nicht für so neu, zu erwarten, daß die von Bekanntheitsgebende, Abwärts nach, während der Besuche anderer Lohnverhältnisse und die von uns von mehr freien Tagen dem Wohlwollen der Verwaltung zu danken sei. Nein, wir sind der festen Überzeugung, daß die erste Erfolge unseres gewerkschaftlichen Zusammenstehens, das wir in der Zukunft zu erwarten haben, werden.

Damburg. Unsere beiden Ortsgruppen hielten am 12. und 13. Februar Versammlungen ab. Die erste war leitens der Straßenbahnreferenten und beide gut besucht. Der Verbandsvorsitzende Kollege Dedendach aus Gohr berichtete über die Tätigkeiten des Verbandes während des Krieges und die Aufgaben nach Friedensschluss. Der Krieg habe dem ganzen Volk schwere Opfer auferlegt. Am schwersten lasse darunter die Arbeiterlast. Sie habe bisher viele Kriegslöhne müßig gehalten und werde das auch in Zukunft tun. Jedoch müsse sie hierzu auch die Möglichkeit geboten werden. Dazu bedürfe es in erster Linie eines Ausgleichs gegenüber der andauernd steigenden Verwertung der Lebenshaltung, der wir durch höhere Löhne entschärft werden könnte. Die dem Streben der Arbeiterschaft nach Erhöhung des Einkommens seien die Gemeinden, wie auch Straßenbahnbetriebe durch Gewährung von Feuerungs- und Lohnzulagen entgegenzukommen. So könne man Lohnverhöhungen von 50 bis 100 Prozent gegenüber den Kriegslöhnen feststellen. Da die Verwertung der Lebenshaltung aber auf mindestens 200 Prozent zu berechnen sei, sei ein völliger Ausgleich nicht gegeben. Daher müsse der nächste Schritt leitens weiter Unternehmenskreise über die hohen Löhne der Arbeiter verbitternd wirken um so mehr als allgemein bekannt sei, welche hohe Gewinne jene Kreise vielfach in der Kriegszeit erzielt. Solange die Feuerung anfalls- oder sich verschärfe, könne an einen Stillstand der Lohnverhöhungen nicht gedacht werden. Wie auf dem Gebiete der Lohnverträge habe der Verband auch den anderen Kreisen des Arbeitsverhältnisses Rechnung getragen, wobei man allerdings auf die Arbeitsverhältnisse gebührend Rücksicht genommen habe. Auch die Lage der Arbeiterfamilien, der Kriegsbekämpften, wie der Arbeitererbenliebenden habe der Verband durch besondere Anträge und Unternehmungen zu bessern sich bemüht. Die kommende Friedenswirtschaft stelle die deutsche Volkswirtschaft, wie auch die Gemeinden vor große und schwierige Aufgaben. An ihrer Lösung mitzuwirken, sei auch die dringende Aufgabe der Arbeiterschaft. Dazu gelte es auch, die jahrelang zurückgestellten Anträge, auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu realisieren und der Arbeiterschaft die Stellung in unserem Volkswesen zu verschaffen, auf die sie berechtigten Anspruch erheben kann. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich auch eine kurze Aussprache, wobei die Herren Wietend und Pöcker ebenso wie der Referent auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hinwiesen und zu neuen Festhalten und reger Mitarbeit aufforderten. In der Gemeindegewerkschaftsversammlung wurde lebhaft diskutiert über die geringen Löhne, die der Leistung nicht mehr entsprechen und dabei dringend der Verbesserung bedürftig.

... man so das Verhalten der Verwaltung durchsichtig und man offen sagen, so bedeutet das trotzdem man das möglich und gerne in solchen Angelegenheiten in der Öffentlichkeit treten. Aber sie selbst tragen die Schuld, sie nicht aus dem Kampf zurückzuziehen, den sie selbst begonnen haben. Auch jetzt und wir noch keine freien, die in der Zukunft werden können, da wir ihnen nicht mehr helfen können.

Vom Straßenbahner Im Oktober vorigen Jahres haben wir an die Landesverwaltung eine Forderung, in der um gerechte Lohnverhältnisse gebittet wurde nach bestimmten Berücksichtigung anderer. Die Verwaltung gab den Forderungen nicht nach, was...

leiters der Direktion ein Arbeiterausschuhmitglied mit der Ausarbeitung eines Dienstplanes betraut wurde. Dies geschah jedoch war der Plan annehmend zu günstig für das Personal, denn er wurde nicht im Wirklichkeit gefeiert, sondern ein von der Direktion ausgearbeiteter. Die besagten Mängel blieben dadurch im wesentlichen bestehen, was uns erneut veranlasste, dem Herrn Oberbürgermeister die Sache vorzulegen. Daraufhin ist nun wieder ein Plan vom Arbeiterausschuh ausgearbeitet worden, der nun auch vom 1. März ab gefahren wird. Der Plan hat auch die Zustimmung des Personals gefunden, da er wesentliche Verbesserungen gegenüber dem früheren aufweist, sowohl hinsichtlich der Feinddauer wie der Zuschlagpausen und Nachruhe. Gleichfalls sollen ausnahmsweise gemäß unserer Anfrage zwei weibliche Kolleginnen in den Arbeiterausschuh gewählt werden. Die Wahl findet am 15. März statt. Geschlossene Beteiligung ist unbedingt notwendig.

Lübeckdorf. Am Montag den 25. Februar tagte im Volksha. eine von den freien und christlichen Gewerkschaften gemeinsam einberufene Versammlung händischer Arbeiter und Straßenbahner. Redner war Kollege Buchelt vom freien Gemeinde- und Staatsarbeiterverbande, während unser Bezirksleiter, Kollege Krumbbe die Leitung der Versammlung übernommen hatte. Der Referent kritisierte in scharfer Weise das Verhalten der Stadtverwaltung gegenüber den Wünschen der Arbeiterschaft. Aus wiederholte Eingaben der verschiedenen Verbände habe die Verwaltung nur zu einem sehr geringen Teile reagiert. Das bisher den Arbeitern bewilligte müsse als durchaus unzureichend bezeichnet werden. Als Versicherung der Arbeiter muß es angesehen werden, daß man es nicht einmal für notwendig hält, auf ihre Eingaben überhaupt zu antworten. Besonders Garten einziehen auch für manche Arbeiter dadurch, daß es den einzelnen Betrieben anheimgestellt wird, ihren Arbeitern Zulagen zu den in Anbetracht der jetzigen Teuerung die zu geringen Löhnen zu bewilligen. Derartige in die Lebenshaltung der Arbeiterkraft zu tief einschneidenden Maßnahmen sollten man dem Stadtrath und der Kammer der einzelnen Betriebsleiter überlassen, sondern von der Stadtverwaltung im Einvernehmen mit dem Stadtverordnetenkollegium nach eindeutigen Grundgesetzen geregelt werden, wie dies in einer Reihe anderer Groß- und mittleren Städten schon seit längerer Zeit geschieht ist. An einer Anzahl anderer Städte hat man sich wiederholt, wie den Beispielen so auch den händischen Arbeitern wegen den lauernden Zulagen eine einmalige Teuerungszulage in Höhe eines Monatsverdienstes bewährt. In Lübeckdorf hat man dies abgelehnt.

Um den Wünschen der händischen Arbeiter mehr Nachdruck zu verleihen zu haben, haben sich die verschiedenen Verbände zum gemeinsamen Vorgehen bereit erklärt und haben einen gemeinsamen Vorstand gewählt. Für alle männlichen Arbeiter höher 24. für weibliche 17 1/2 und für jugendliche 14 1/2 gefordert werden. Weiter wird beantragt, die Vertreter der Verbände in einer Sitzung beim Herrn Oberbürgermeister zu haben, wo über weitere Wünsche der Arbeiter sich leichter verständlich verhandelt werden könnte. Diese Wünsche beziehen sich in der Hauptsache auf Regelung der Arbeitszeit mit einzelnen Gruppen, Wiedereinstellung des Straßendienstes, Verbilligung von Entlohnung, jenseits der Tage für Spät- und Frühpendler, das den Straßenbahnern, Abgleichung der Löhne in den verschiedenen Branchen der Arbeiterschaft, Beschaffung von Arbeitskleidung und Schuhwerk und anderes.

Sollen über all diese besprochenen Wünsche Verhandlungen annehmen, so müssen hier die händischen Arbeiter und Straßenbahner mehr Gehör finden beschaffen. Dies kann erreicht werden, nur durch einen gemeinsamen Kampf in den Verhandlungen. Für die kampfswilligen dieser Art anstrengungen, was der Leiter der Verhandlungen, Kollege Krumbbe, am Schluß der Versammlung, häufig nach jeder Seite, ein

Sozialdemokratische Partei, die auch der in der Verhandlung nach

am 12. für Verheiratete von 16 mit 20.4, die Kinderzulagen, die bisher 7.4 für jedes Kind unter 16 Jahren betragen, auf 6.4 für das erste Kind, 7.4 für das zweite, 8.4 für das dritte, und für jedes folgende Kind 1.4 mehr. Außerdem erhalten Stadtarbeiter und ständige Arbeiter eine Lohnzulage von täglich 1.4 oder jährlich 312.4. Besonders ist auch das die Arbeiterfamilien im hohen Umfange an diesen Erhöhungen teilzunehmen. Die Erhöhung wurde mit Rückwirkung vom 1. Juli 1917 beschlossen. Die mit zu vorübergehender Beschäftigung anwesenden Arbeiter erhalten den Lohnzuschlag von 1.4 täglich, eine Teuerungszulage von 6.4 für Bediene, und 12.4 für Bedienten. Die Kinderzulage ist die gleiche wie bei den Stadtarbeitern.

Köln Straßenbahner. Am 11. Januar konnte der Volksgen. Heinrich Juen fern 25jähriges Dienstjubiläum am Behnhof West, Büttengasse feiern. Wir nehmen davon um so lieber Notiz, als Kollege Juen sich jahrelang als Vorstandsmitglied der Krankenkasse und als Arbeiterausschuhmitglied eifrig betätigt und sich stets als ein eifriger Verfechter unserer Standesinteressen erwiesen hat.

Auszeichnungen. Kollege Hartmann, Ortsgruppe Gemeindearbeiter-Köln wurde kürzlich mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und jetzt zum Unteroffizier befördert. Zum Vizefeldwebel wurde der Kollege Karl Bender, Schriftführer der Ortsgruppe Kadensanden befördert.

Verbandsnachrichten.

Vom vierten Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen Paderborn, Wülheim, Rotenbeim, Graudenz, Freiburg, Köln (Fuhpar), Ingolstadt, Osnabrück, Maden, Bremen, Wildesheim, Weiden, Wittolding, Köln (Gemeindearbeiter), Ballou (Straßenarbeiter), Borsborn und Birniasen.

Die Ortsgruppen, die vom 1. Quartal noch nicht abgerechnet haben, werden dringend um baldige Einleitung der Abrechnung gebeten.

Vollgestellte Mitgliederbücher sind zum Austausch an die Hauptgeschäftsstelle einzulenden.

In allen Unterstützungsfällen ist mit dem Unterstützungschein auch das Mitgliederbuch an die Hauptgeschäftsstelle einzulenden. Alle Mitglieder sind gehalten, nach in Krankheits- und sonstigen Unterstützungsfällen sofort bei der Ortsverwaltung zu melden. Krankheitsunterstützung wird erst vom 8. Tage der erfolgten Meldung ab gezahlt. Für die Krankzeit wie für die Dauer der Unterstützung muß die Beiträge gezahlt werden.

Der Zentralvorstand
A. J. Peter Dedebon

Gedenktafel.
Gestorben ist der Kollege
Wilhelm Hermanns, Ortsgr. Köln, Fuhpar,
und die Kollegin
Frau Maria Gilles, Köln, Gemeindearbeiter.
Ehre ihrem Andenken!

Es starben den Heidenrod im König u. Vaterland
August Koch,
Ortsgruppe Osnabrück, gefallen 27. Sept. 1917.
Albert Müller,
Straßenbahner Köln, gefallen 1. Dezember 1917.
Ehre ihrem Andenken!

Rundschau.

Das Verbands der Zentralvorstand in...

Redaktion und Verlagsanstalt...